

Rede zum Haushaltsentwurf 2023

Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordneten,
verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Frau Korff vom BBV,

mit der heutigen Einbringung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2023 liegt Ihnen ein Haushaltsentwurf vor, dessen Aufstellung für Kämmerer und Bürgermeister eine riesige Herausforderung war, denn nichts ist derzeit so schlecht zu planen, wie das kommende Jahr.

I.

Als Gründe dafür möchte ich zunächst die Corona-Pandemie erwähnen. In meiner Haushaltsrede für 2021 hatte ich die Hoffnung geäußert, dass mit dem entwickelten und ab Ende 2020 zur Verfügung stehenden Impfstoffen die Corona-Pandemie 2021 in den Griff zu bekommen sei.

Bei meiner Haushaltsrede für 2022 musste ich bedauerlicherweise feststellen, dass für einen ausreichenden Bevölkerungsschutz noch zu wenig Menschen vom Impfangebot Gebrauch gemacht hatten.

Und heute ist Corona immer noch ein aktuelles Thema, auch wenn der Umgang ein anderer ist. Ja, wir haben gelernt, mit dem Virus zu leben. Dennoch beeinflusst das Virus nach wie vor die Entwicklung in Deutschland und ist für die Verwaltungen der Kommunen zu einer Daueraufgabe geworden und keiner kann aktuell sagen, wie sich die kommenden Wochen und Monate entwickeln werden.

Ein zweiter und derzeit wirtschaftlich noch herausfordernder Aspekt der schwierigen Haushaltsaufstellung ist der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins, der am 24. Februar dieses Jahres ausbrach.

Uns allen klingen noch die lügnerischen Beteuerungen Putins und seines Außenministers Lawrow in den Ohren, nach denen die Konzentration eines bedrohlichen Militäraufgebots mit zehntausenden russischen Soldaten in unmittelbarer Nähe der Grenze zur Ukraine nur einem "normalen" Manöver diene.

Tatsächlich aber wird der 24. Februar 2022 als der Tag in die Geschichtsbücher eingehen, an dem die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung aus den Fugen gerissen worden ist.

Unermessliches Leid, viele Tote und noch mehr Verwundete, ein in weiten Teilen zerstörtes und verwüstetes Land, Millionen Flüchtlinge. Das alles mitten in Europa. Der Wahnsinn des Krieges, er findet ganz in unserer Nähe statt.

Putin vergießt das Blut der Ukrainerinnen und Ukrainer und er vergießt das Blut seiner eigenen Soldaten.

Vergessen wir aber auch nicht die Menschen, die vorher schon zu wenig zum Leben hatten und durch die ausbleibenden Getreidelieferungen aus der Ukraine noch weniger haben und jeden Tag ums pure Überleben kämpfen.

Die weltweite Solidarität war und ist riesig, auch in Rhede. Ich werde den Aufruf des Rheder Blasorchesters für "eine Viertelstunde für den Frieden" vor dem Rathaus nicht vergessen. Der gesamte Rathausplatz war voll, die Menschenmassen zogen sich bis in die anliegenden Straßen.

Neben dieser symbolischen Solidarität haben viele Menschen in Rhede, wie auch schon bei der Flüchtlingswelle 2015/2016 und der Flutkatastrophe in Teilen NRWs und Rheinland-Pfalz tatkräftig unterstützt und mit angepackt.

Als Bürgermeister von Rhede bin ich stolz, wie geschlossen unsere Stadt bei solchen Katastrophen zusammensteht.

Sehr dankbar bin ich all den Menschen und Familien, die unbürokratisch Geflüchtete aus der Ukraine bei sich aufgenommen haben und bis heute ein Dach über dem Kopf bieten. Als Stadt Rhede hätten wir in so kurzer Zeit nicht ansatzweise so viele Unterbringungsmöglichkeiten herrichten können. Auch aktuell bereitet uns die Bereitstellung von Unterkünften erhebliche Probleme, weil viele Menschen aus der ersten Flüchtlingswelle von 2015/2016 immer noch in den Notunterkünften leben. Aufgrund der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt ist es für diese Menschen schwer, eine eigene Wohnung zu finden.

Meine allerhöchste Hochachtung und Respekt gelten aber den Menschen in der Ukraine, die sich seit mehr als acht Monaten mit allen Kräften und unter Einsatz ihres Lebens der brutalen Gewalt Russlands oder besser gesagt, Putins, entgegenstellen.

Diese multiplen Krisensituationen machen es aber so schwer, für das Jahr 2023 eine verlässliche Haushaltsprognose aufzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Putins Krieg ist ein Krieg, dessen Auswirkungen den ganzen Globus erfasst haben. Das enge, weltweite Netz der wirtschaftlichen Beziehungen und der daraus resultierenden Abhängigkeiten, das bereits durch die Corona-Pandemie schweren Schaden genommen hatte, ist jetzt an wichtigen Stellen gerissen.

Bereits vor dem Krieg stieg die Inflation in lange nicht mehr gekannte Höhen. Durch den Krieg beschleunigte sich diese Entwicklung dramatisch hin zu einer Inflation, wie wir sie seit rund 50 Jahren nicht mehr erlebt haben.

Das Leben ist spürbar für alle teurer geworden, die Energiepreise steigen in bisher unbekannte und schwindelerregende Höhen. Menschen verzweifeln, wenn sie die neue Abschlagsrechnung ihrer Versorger in den Händen halten. Von Anstiegen bis zum 10-fachen wird in den Medien berichtet. Ein solcher Anstieg ist für viele existenzgefährdend.

Insbesondere die Gaskrise stellt uns vor ungeheure Herausforderungen. Putin treibt ein perfides Spiel. Es nutzt Gas als Waffe.

Die Gasversorgung in Deutschland ist zwar aktuell stabil, die Speicher stärker befüllt als ursprünglich geplant, dennoch ist die Lage mit Blick auf den kommenden Winter und die Prognose für das kommende Jahr ernst.

Wir alle sind gefordert, Energie einzusparen. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zu Recht wird erwartet, dass auch die Kommunen Einsparpotentiale vorschlagen und umsetzen.

Wir erleben aber gerade aus der Diskussion in unserer Nachbarstadt Bocholt, wie kontrovers und emotional über jeden einzelnen Vorschlag diskutiert wird. Wir werden es nicht jedem, nicht jeder Nutzergruppe recht machen können. Ich sage aber auch deutlich, wir müssen uns dieser Herausforderung stellen und auch Maßnahmen umsetzen, die nicht unbedingt auf Gegenliebe stoßen werden.

In diesen Krisenzeiten sind Politik und Verwaltung besonders gefordert.

Wir alle müssen Verantwortung übernehmen, handeln und Zuversicht geben.

Verantwortung übernehmen wir hier vor Ort, in dem wir uns bestmöglich auf die Szenarien einstellen und uns vorbereiten.

Wir handeln, in dem wir neben der Daueraufgabe „Unterbringung von Flüchtlingen“, der Einrichtung von Krisenstäben auch Vorbereitungen auf einen Black-Out und zur Sicherstellung der systemrelevanten Infrastruktur treffen. Dafür haben wir u.a. Notstromaggregate angeschafft.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz ausdrücklich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedanken, die sich mit mir zusammen seit mehr als 2,5 Jahren der Herausforderung der Corona-Pandemie und jetzt den Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs stellen. In diesen Zeiten musste und muss der öffentliche Dienst zeigen, was in ihm steckt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Rhede haben diese Krisen angenommen, sie gemanagt – und daneben das Tagesgeschäft weiter betrieben.

Auch wenn es an der ein oder anderen Stelle Verzögerungen gegeben hat, so sind viele große Aufgabenstellungen auch in Krisenzeiten weiterbearbeitet worden. Ich denke hier an das Stadtentwicklungskonzept, dem Mobilitätskonzept, die Umsetzung des Wirtschaftswegekongzeptes, so wie viele Investitionen in unsere Infrastruktur.

Dafür spreche ich heute auch im Namen des Rates der Stadt Rhede ein herzliches Dankeschön meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber aus.

Neben der Übernahme der Verantwortung und entschiedenem Handeln ist aber auch Zuversicht erforderlich. Den Menschen Zuversicht zu vermitteln, ist aus meiner Sicht wichtig, damit alle zusammenhalten und sich nicht durch Querdenker und Randgruppen aufstacheln und instrumentalisieren lassen.

Die Menschen in unserem Land und in Rhede machen sich nachvollziehbar Sorgen, etwa:

- ob es eine weitere, schwere Corona-Winterwelle geben wird,
- ob sie die laufenden Kosten für Lebensmittel und Energieversorgung bezahlen können,

- ob es in der Ukraine zu einem atomaren Unglück oder durch Putin zum Einsatz von Atomwaffen kommen wird
- ob Betriebe, bei denen es bisher finanziell noch gereicht hat, mit den drastischen Energiepreiserhöhungen klarkommen
- ob der Arbeitsplatz auch weiterhin gesichert ist
- u.v.m.

Diese ganzen Fragen und Herausforderungen können wir auf kommunaler Ebene aber nicht allein beantworten oder lösen. Hier sind die Länder und der Bund gefragt.

Und da vermisse ich oftmals ein verantwortliches Handeln.

Verantwortlichkeiten werden zwischen Bund und den Ländern hin und her geschoben, die Regierungskoalition ist sich nicht einig, Oppositionsparteien stellen alles in Frage und verunsichern dadurch die Menschen.

Als Außenstehender und parteiunabhängiger mündiger Bürger fragt man sich da schon: „Was soll das?“

Stehen Parteiinteressen über dem Gebot des verantwortlichen Handelns in Krisenzeiten?

Unsere Altkanzlerin sagte zur Corona-Pandemie in einer Erklärung an die Nation: Die größte Herausforderung seit dem 2. Weltkrieg!

Heute wissen wir: Es geht noch schlimmer. Zwei multiple Krisensituationen zeitgleich und die Erkenntnis, dass aus engen Verbündeten schnell auch Gegenspieler werden können.

Trump lässt grüßen, Meloni winkt schon aus Italien, glücklicherweise hat es Frau Le Pen in Frankreich nicht geschafft, an die Macht zu kommen.

Bedauerlicherweise überblicken solche Akteure nicht, dass ihr Land gar nicht in der Lage ist, dem Welthandel den Rücken zuzudrehen. Aber mit ideen- und inhaltslosen Parolen wie America first/Italien first werden Wählerschichten gewonnen.

Besorgniserregend sind zudem die Äußerungen von Xi Jinping aus China, der Anspruch auf das Territorium des demokratischen Staates Taiwan anmeldet. Hier droht bereits die nächste Krise mit noch verheerenderen Auswirkungen auch für die Weltwirtschaft.

Ich appelliere an alle politischen Verantwortlichen, von der Kommunal-, über die Landes- bis hin zur Bundespolitik: Jetzt ist nicht die Zeit des Streitens, jetzt müssen wir alle zusammenstehen. Tragt Eure Streitigkeiten nicht in aller Öffentlichkeit aus, postet nicht jede Kleinigkeit zuerst über die sozialen Medien, sprecht miteinander statt übereinander, wir müssen zusammenstehen, sonst freuen sich am Ende nur die Querdenker und Radikale.

II.

Und jetzt komme ich zum Haushaltsentwurf 2023:

Wie gewohnt stelle ich die wesentlichen Ergebnisse des Entwurfs kurz vor, bevor unser Kämmerer Hermann-Josef Schmeing nachfolgend die Zahlen ausführlicher erläutern wird.

Der Haushaltsentwurf 2023 endet im Ergebnisplan mit einem Fehlbetrag von **4.707.400 Euro**. Der Fehlbetrag wird durch die Ausgleichsrücklage ausgeglichen, die aktuell bei 13.260.444 Euro und mit dem vorläufigen Ergebnis für 2022 sogar bei ca. 14.2 Mio. Euro steht (Ausgangswert von 2009: 7.131.700 Euro).

Dank dieser gut angewachsenen Ausgleichsrücklage können wir, trotz dieses hohen Fehlbetrages, immer noch von einem fiktiv ausgeglichenen Haushalt sprechen.

Die **Hebesätze** zu den Steuerarten Grundsteuer B (625 v.H.) und Gewerbesteuer (430 v.H.) bleiben unverändert.

Der Hebesatz für die Grundsteuer A verändert sich, aufgrund des Ratsbeschlusses vom 31.08.2022 zur Umsetzung von Maßnahmen aus dem Wirtschaftswegekonzept von 316 v.H. um 177 Punkte auf 493 v.H.

Der Bedarf an **Investitionskrediten** steigt bedauerlicherweise aufgrund des Investitionsbedarfs erneut weiter an, wie dem Finanzplan entnommen werden kann und liegt bis 2026 bei einer Gesamtverschuldung von 46.979.00 Euro.

Die **Gewerbesteuereinnahmen** erreichten im Jahr 2021 mit 14.280.157 Euro einen Rekordstand, trotz der nicht unerheblichen Auswirkungen der Corona-Pandemie und allein im Vergleich zu 2020 einen Anstieg von 3,4 Mio. Euro.

Auch für 2022 werden wir einen ähnlich guten, evtl. sogar noch leicht besseren Wert erhalten.

Für 2023 planen wir dennoch erst einmal vorsichtig mit einem Gewerbesteuerbetrag von 12,1 Mio. Euro. Dieser Betrag beruht auf den Gewerbesteuervorauszahlungen, die das Finanzamt für jeden Betrieb hauptsächlich anhand der Vorjahresergebnisse festsetzt.

Grundsätzlich festzuhalten ist, dass wir in Rhede mit einem ausgewogenen Branchenmix gut aufgestellt sind, trotz der Tatsache, dass wir in den letzten Jahren kaum Gewerbeflächen mehr vergeben konnten. Umso erfreulicher ist es, dass wir im Rheder Westen, angrenzend zu Bocholt, perspektivisch in absehbarer Zeit neue Gewerbeflächen vergeben können.

Aber gerade bei der beeindruckenden Entwicklung der Gewerbesteuer liegt das größte Risiko. Wie lange kann der Mittelstand den Krisen noch Paroli bieten? Neben den gestiegenen Energiepreisen, der Materialknappheit, dem Fachkräftemangel kommen jetzt auch wieder drastisch gestiegene Zinsen dazu. So mancher Häuslebauer oder Unternehmer wird darauf mit Zurückhaltung reagieren und irgendwann kommen diese Auswirkungen auch bei den Rheder Betrieben an.

Die **Aufwands- und Unterhaltungspauschale** verbleibt, wie auch schon 2022, bei 288.000 €. Trotz dieser zweckunabhängigen Einmalzahlung durch das Land, die auch nicht von der Leistungsfähigkeit einer Kommune abhängt, wird darüber hinaus der vielfach von den Kommunen geäußerte Wunsch nach Reduzierung der Vielfalt an Fördertöpfen und damit einer Mittelverteilung zur eigenen Verantwortung auf Bundes- und Landesebene zwar gehört, aber nach wie vor nicht ausreichend berücksichtigt.

Der **Kreisumlagebedarf** steigt für 2023 um ca. 30 Mio. Euro, die die kreisangehörigen Kommunen zusätzlich zu bezahlen haben. Mit enthalten in der Kreisumlage ist auch die Finanzierung der **Landschaftsumlage**, die der Kreis Borken abzuführen hat. Die Landschaftsumlage erhöht sich für den Kreis Borken um 16,26 Mio. Euro auf insgesamt 118 Mio. Euro.

Aufgrund der hohen Steuerkraft der Stadt Rhede beträgt der Anstieg allein für Rhede bei der Kreisumlage vorläufig ca. 2,165 Mio. Euro. Bei der **Jugendamtsumlage** verzeichnen wir einen weiteren Anstieg um ca. 1,1 Mio. Euro.

Daraus resultieren Mehrausgaben von 3,265 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2023. Da noch nicht feststeht, ob es im Rahmen der Haushaltsberatungen und im Benehmensverfahren mit den

Kommunen zu Veränderungen kommen und welche Hebesätze der Kreis Borken festlegen wird, kann es hier noch Veränderungen geben.

Wie auch schon im vergangenen Jahr erhalten wir auch für 2023 keine **Schlüsselzuweisungen**.

Nach dem **COVID-Isolationsgesetz** wird im Haushalt 2023 ein Betrag von 1.150.000 Euro isoliert.

Mit Schreiben der Ministerin Frau Scharrenbach vom 05. September 2022 sind wir angehalten worden, auch die **kriegsbedingten Haushaltsbelastungen** in den Jahren 2023 bis 2025 zu isolieren. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist in Vorbereitung.

Für das Haushaltsjahr 2023 werden wir somit kriegsbedingt 1.355.000 Euro zusätzlich zu der Corona-Isolation isolieren und somit einen Gesamtbetrag von 2.485.000 Euro.

Mit diesen Maßnahmen soll die Handlungsfähigkeit der Kommunen auch in schwierigen Zeiten sichergestellt werden. Im Rahmen einer Videokonferenz aller NRW-Bürgermeister/innen mit der Ministerin ist dieses Vorgehen von vielen begrüßt worden, damit Kommunen nicht in die Haushaltssicherung geraten und durch Aufträge die Wirtschaft stützen, sollten sonstige Aufträge rückläufig sein.

Schon mit der Einführung des COVID-Isolationsgesetzes hatte ich mich kritisch zu einem solchen „Schattenhaushalt“ geäußert, der über 50 Jahre finanziert werden soll, auch mit dem Argument, dass keiner weiß, wann die nächste Krise kommt. Dass eine weitere Krise sich so schnell anschließen würde, hat wohl alle überrascht.

Diese corona- und kriegsbedingten Haushaltsbelastungen durch Mindererträge bzw. Mehraufwendungen dürfen wir perspektivisch nicht den nachfolgenden Generationen überlassen. Hier ist ebenfalls der vom Bundeskanzler so oft zitierte „Doppelwumms“ an finanzieller Unterstützung der Kommunen erforderlich, zumal viele Kommunen noch mit der Altschuldenproblematik zu kämpfen haben.

Mit einem für alle Kommunen überraschenden Urteil des OVG Münster vom 17.05.2022 zur kalkulatorischen Abschreibung und Verzinsung von langlebigen Anlagegütern hat das Oberverwaltungsgericht Münster seine seit 28 Jahren geltende Rechtsprechung teilweise aufgegeben bzw. geändert.

Die Landesregierung reagierte auf dieses Urteil im September dieses Jahres mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des § 6 KAG NRW, womit wieder die notwendige Rechtssicherheit geschaffen werden soll. In der Erwartung, dass der Gesetzentwurf so wie eingebracht auch beschlossen wird, ist diese Änderung bei der Neufestsetzung der

Abwassergebühren für das Haushaltsjahr 2023 bereits berücksichtigt worden.

Für das Haushaltsjahr 2023 planen wir somit mit einem Zinsertrag von 450.000 Euro. Im Haushaltsplan für 2022 hatten wir für das Haushaltsjahr 2023 623.000 Euro eingeplant. Entgegen ersten Befürchtungen nach Bekanntwerden des Urteils halten sich somit die negativen Folgen der geänderten Rechtsprechung in Grenzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zahlen für den Haushalt 2023 sind auf dem ersten Blick erschreckend. Noch nie zuvor endete die Haushaltsplanung mit einem derart hohen Defizit.

Ich hatte zu Beginn meiner heutigen Rede schon erwähnt, welche Herausforderung die diesjährige Haushaltsaufstellung bereitete. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben aber auch gezeigt, dass es oft im Verlaufe des Jahres besser läuft als geplant. Diese Hoffnung habe ich auch für das kommende Haushaltsjahr.

Insbesondere der vorsichtige Ansatz bei der Gewerbesteuer bietet Chancen für eine Verbesserung des Gesamtergebnisses.

Wir sollten den gemeinsamen Weg der Investitionen in unsere Infrastruktur weiterverfolgen und jetzt nicht panikartig reagieren und womöglich Vorhaben zurückstellen.

Wir sollten aber dort, wo Einsparungen erzielt werden können, diese auch nutzen bzw. uns nicht auf Vorhaben einlassen, die jetzt nicht zwingend erforderlich sind.

Lasst uns auf Sicht fahren!

III.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kommen wir jetzt zu Themen, die uns in Rhede betreffen.

1. Bahntrasse

Wie kein anderes Thema, so mein Eindruck, ist in den letzten 12 Monaten so viel über die Zukunft der alten Bahntrasse zwischen Bocholt und Rhede bis weiter nach Borken berichtet und diskutiert worden. Hier ist mehr über uns, als mit uns gesprochen worden.

Tatsachen werden verdreht oder so ausgelegt, damit sie passen, nach dem Motto: Es gibt nur zwei Meinungen, meine und die falsche.

Grundsätzlich möchte ich hier einiges deutlich klarstellen:

- (1) Der Radschnellweg ist nicht vom Tisch, seine Chancen stehen besser als eine Reaktivierung der Trasse zu Bahnbetriebszwecken.

- (2) Radschellweg und Bahn sind beides Projekte, die nachhaltig und umweltfreundlich sind.
- (3) Höhengleiche Kreuzungen durch Rhede wird es aus Kostengründen nicht geben. Die Bahntrasse in Rhede ist entwidmet, so dass nach den aktuellen Standards gebaut werden müsste.
- (4) Der Ende 2021 gestellte Entwidmungsantrag ist ausdrücklich zur Klarstellung und auf Bitten des Straßenbulasträgers gestellt worden.
- (5) Die Antragsrücknahme auf Entwidmung erfolgte ausschließlich, um der jetzt in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie nicht vorwegzugreifen.
- (6) Eine Realisierung der Bahn auf der vorhandenen Trasse ist nicht in wenigen Jahren, eher in Jahrzehnten zu realisieren.
- (7) Auch wir in Rhede würden uns über einen Anschluss ans Bahnnetz freuen, aber eine Bahntrasse mitten durch die Stadt Rhede ist keine Mobilität der Zukunft.
- (8) Güterverkehr auf der Strecke durch Rhede und Bocholt ist für die Unternehmen vor Ort kaum wirtschaftlich.
- (9) Eine Bahntrasse durch Rhede hätte massive negative Folgen (siehe Presseberichte aus Hamminkeln), die von der Bevölkerung nicht akzeptiert würden.

Die Städte Bocholt und Rhede haben Anfang September 2021 in den Räten beschlossen, den geplanten Radschnellweg umzusetzen. Auch wenn die Entscheidung in Bocholt denkbar knapp ausfiel, so gab es in Rhede ein deutliches Votum. Der Versuch von Radschnellgegnern über § 24 GO NRW (Anregungen und Beschwerden) den Rat in Rhede zu einer gegenteiligen Entscheidung zu bewegen, ist einstimmig im Rat der Stadt Rhede am 31.08.2022 zurückgewiesen worden.

Allein dadurch ist deutlich geworden, dass die Realisierung des Radschnellweges nicht vom Tisch ist.

In Rhede ist zumindest an zwei Stellen, am Kreisverkehr Bahnhofstr./Krechtinger Str./Industriestr./Rudolf-Diesel-Straße und auf der Rudolf-Diesel-Straße Höhe Kiebitz Markt, die Bahntrasse überbaut und im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens entwidmet worden. Die Wiederherstellung der Bahnstrecke müsste folglich als Neubau und Kreuzungen zwischen Bahn und Straße höhenfrei erfolgen.

Eine weitere Folge der Entwidmung ist die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens. Neben der einzuholenden Machbarkeitsstudie, die erforderlich ist, damit Fördermittel beantragt werden

können, werden diese beiden Verfahren Jahre in Anspruch nehmen. Damit ist die Behauptung der Bahnbefürworter, der Bau der Bahnstrecke Bocholt/Rhede sei in wenigen Jahren, behauptet wurden 2 Jahre, völlig abwegig, ebenso die preislichen Vorstellungen. Diesbezüglich hat sich bereits herausgestellt, dass der Bezug auf Aussagen der Bentheimer-Eisenbahn jeglicher Grundlage entbehrt.

Das Eisenbahnbundesamt hat in einer Stellungnahme vom 16.05.2019 zwar behauptet, die Reaktivierung der Bahnstrecke Bocholt/Rhede sei ein Extremfall der Unterhaltung, eine dezidierte rechtliche Auseinandersetzung mit den örtlichen Gegebenheiten erfolgte jedoch nicht.

Andere Auffassungen vertreten da die DB-Netz AG, das NRW, das Land und letztendlich auch das Bundesverkehrsministerium.

Letzteres hat auf den Antrag für eine Ausnahmegenehmigung nach § 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz in der Sache über ein Jahr geprüft und den Antrag für eine Ausnahmegenehmigung mit dem Argument zurückgewiesen, dass die täglichen Verkehrszahlen auf den Hauptverkehrswegen zu hoch seien.

Wenn das Bundesverkehrsministerium aber davon ausgegangen wäre, dass es sich nur um eine Reaktivierung einer nach wie vor gewidmeten Bahntrasse handelt, dann wäre eine Prüfung einer Ausnahmegenehmigung nach § 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz gar nicht erforderlich und damit zulässig gewesen.

Damit ist von einer Entwidmung mit der Folge eines Planfeststellungsverfahrens für einen Neubau auszugehen. Dies hat zur Folge, dass nach den aktuellen Regelungen für den Neubau von Bahntrassen eine solche errichtet werden müsste, so dass höhengleiche Kreuzungen mit Schrankenanlagen nicht in Betracht kommen.

Der zwischen CDU und Grüne in NRW geschlossene Koalitionsvertrag regelt eindeutig, dass die beschlossenen sieben Radschnellwegprojekte des Landes prioritär vorangetrieben werden sollen. Dazu gehört auch der Radschnellweg RS2.

Eine weitere Regelung im Koalitionsvertrag, wonach es eine Entwidmung von Bahnstrecken in NRW nicht mehr geben soll, steht der Aussage zu den Radschnellwegen auch nicht entgegen. Zum einen handelt es sich um eine Absichtserklärung, zum anderen kann eine Landesregierung durch einen Koalitionsvertrag kein Bundesrecht brechen. Und die Aussage im gleichen Papier zum RS2 ist deutlich und unmissverständlich.

Ich hatte vorhin bei meinen Feststellungen erwähnt, dass auch ich gerne eine Anbindung unserer Stadt Rhede ans Bahnnetz haben möchte. Die Ausführungen zur alten Bahntrasse sollten jetzt nicht bedeuten, dass ich die Bahn grundsätzlich gerne hätte, es aber nicht geht.

Wir müssen uns über alternative Streckenführungen Gedanken machen. Mit dem Neubau der B67 ist es bedauerlicherweise versäumt worden, die Bahn mitzudenken. Ich halte eine Bahntrasse parallel zur neuen B67 aber immer noch für machbar.

Der Vorteil einer Trasse entlang der B67 wäre, dass die B67 kreuzungsfrei ist und die Bahn mit höheren Geschwindigkeiten und damit besseren Fahrzeiten, infolgedessen auch mit eventuell höherer Taktung, attraktiver wäre. Mobilität der Zukunft heißt eben auch eine Streckenführung, die konkurrenz- und zukunftsfähig ist. Dies wäre sicherlich nicht die ehemalige Trassenführung quer durch Rhede mit all seinen Problemlagen.

2. Wirtschaftswegekonzept

Anfang 2020 wurde das Wirtschaftswegekonzept politisch beschlossen, jetzt starten wir im kommenden Jahr mit der Umsetzung erster Maßnahmen.

Coronabedingt konnte die Informationsveranstaltung zu den drei Finanzierungsmöglichkeiten erst im März dieses Jahres stattfinden. Auch wenn viele aus den Außenbereichen gerne den Wirtschaftswegeverband gehabt hätten, so ließ die Tatsache, dass bis heute noch kein Wirtschaftswegeverband in NRW in die Umsetzung gegangen ist, einen zeitnahen Start zur Umsetzung eher unwahrscheinlich erscheinen.

Aus diesem Grund konnten sich alle Beteiligten auf eine zeitlich befristete Mitfinanzierung (fünf Jahre) über das „Grundsteuer A-Modell“ verständigen. Mit einem jährlichen Investitionsbudget von 400.000 Euro werden in Absprache mit den landwirtschaftlichen Ortsverbänden 2023 die ersten Wege saniert.

Die weitere Entwicklung zum Wirtschaftswegeverband behalten wir aber im Auge, ebenso die Pläne der Landesregierung zur 100%-tigen Übernahme der Anliegerbeiträge zum Kommunalabgaben-gesetz.

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung der Bezirksregierung Münster am 28.09.2022 zur EU-Förderperiode 2021 bis 2027 gab es die Information, dass auch die Sanierung der Wirtschaftswege

gefördert werden soll. Weitere Einzelheiten dazu sollen kommen. Der Förderbetrag von ca. 2,5 Mio. Euro, der genannt wurde, ist aber weit von einer auskömmlichen Förderung entfernt, so dass es zurzeit nicht absehbar ist, dass auf eine finanzielle Beteiligung der Grundstückseigentümer/innen des Außenbereichs verzichtet werden kann.

3. Kita-Planung

Nach wie vor eine jährliche Herausforderung ist die Kita-Planung bzw. die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Betreuung eines jeden Kindes ab dem ersten Lebensjahr.

Mein Dank gilt dabei, neben unseren Fachbereichen 20 und 40, auch Markus Grotendorst vom Kreisjugendamt, der uns zusammen mit seinem Team immer zeitnah und sehr kompetent mit aktuellen Informationen versorgt und durch halbjährliche Betreuungsbedarfsplanungen unterstützt.

Wie die Planungen um die Standortfrage in Vardingholt belegen, ist dies oft auch eine sehr emotionale Diskussion. So hat der Vorschlag der Verwaltung, die Kita St. Georg in Vardingholt Kirche aufzugeben, ohne dass die konkreten Planungen für den beabsichtigten Neubau vorgestellt werden konnten, schon zu erheblichen Protesten geführt.

Für die nicht ganz glückliche Kommunikation entschuldige ich mich, muss aber auch deutlich sagen, dass wir gewissen Zwängen zu Gunsten des Gemeinwohls unterliegen und erst dann öffentlich informieren können, wenn vorab grundsätzliche Punkte geregelt sind. Dass bei einem solchen Prozess, der sich ungewöhnlich lange hingezogen hat, dann doch etwas durchgesickert ist, bedauere ich sehr.

Vorbehaltlich politischer Beschlussfassung empfehlen wir einen Neubau einer 5-gruppigen Kita im Rheder Norden unter Aufgabe des Standortes Vardingholt Kirche.

Nachdem wir in den letzten Jahren zwei viergruppige Kitas (Kita Sonnenschein an der Mittelmanstraße und Kita Kunterbunt am Krommerter Weg) errichtet haben bzw. haben errichten lassen, ist der Bedarf in den kommenden Jahren nach den Prognosen des Kreises Borken noch ungebrochen hoch, bevor er dann voraussichtlich abfallen wird, weil die geburtenschwachen Jahrgänge die Elterngeneration bilden werden. Der Kreis Borken hat uns erneut unversorgte Betreuungsbedarfe gemeldet.

Eine Erweiterung der Kita St. Georg am Altstandort ist nicht zielführend, da die zukünftigen Betreuungsbedarfe ganz überwiegend im nördlichen Stadtgebiet bestehen bzw. entstehen werden. Mir ist es wichtig, die erforderliche Infrastruktur in die Nähe der Nutzer zu bringen und nicht die Nutzer zu veranlassen, längere Wegstrecken als zwingend erforderlich auf sich nehmen zu müssen.

Bereits heute wohnt lediglich ein untergeordneter Anteil an Kindern, die in der Kita St. Georg betreut werden, im Siedlungsbereich Vardingholt Kirche. Die Erweiterung des Altstandortes wäre stadtplanerisch und ökologisch nicht zu vertreten.

Eine Kombination aus Weiterbetrieb der Kita St. Georg bei einem reduzierten Neubau im Rheder Norden ist aus folgenden Gründen nicht möglich bzw. unwirtschaftlich:

- (1) Zur Sanierung der Kita St. Georg müsste ein Betrag von ca. 1 Mio. Euro investiert werden, ohne dass auch nur ein zusätzlicher Betreuungsplatz entstehen würde.
- (2) Bei einem Weiterbetrieb des Altstandortes würde dieser im Wettbewerb zu einem in der Nähe entstehenden Neubau auf Dauer weniger Kinder erhalten und zwangsläufig, bei den zu erwartenden sinkenden Zahlen in den kommenden Jahren, trotz der erforderlichen hohen Investitionen leerlaufen.
- (3) Diesem Wettbewerb möchte sich der Betreuungsträger nicht aussetzen. Die katholische Kirche als derzeitiger Träger der Kita St. Georg würde die Trägerschaft für den geplanten 5-gruppigen Kindergarten übernehmen. Bei dem Betrieb von zwei Standorten müsste ein weiterer Träger gefunden werden, wobei ein potenzieller Träger für den Altstandort aufgrund der wenig aussichtsreichen Zukunftsperspektiven kaum zu finden sein wird.

Sobald die letzten ausstehenden Punkte geklärt sind, werden wir zeitnah eine öffentliche Informationsveranstaltung im Rhede Ei anbieten.

Aufgrund des aktuellen hohen Bedarfs werden in absehbarer Zeit noch zwei Großtagespflegen den Betrieb aufnehmen.

4. Feuerwehrgerätehäuser

Im weiteren Verlauf der heutigen Ratssitzung werden durch das Ingenieurbüro kplan AG die Ergebnisse zum Neubau von zwei Feuerwehrgerätehäusern vorgestellt. Die Neubauten sind erforderlich, weil beide vorhandenen Gerätehäuser den heutigen Anforderungen für Feuerwehrgerätehäuser nicht mehr erfüllen und auch mit den aktuellen

Standorten die vorgeschriebene Hilfsfrist an vielen Stellen in Rhede nicht eingehalten werden kann.

Nach dem Austausch/Kauf vieler Einsatzfahrzeuge in den letzten Jahren bedeutet dies eine weitere erhebliche Investition im Brand- und Bevölkerungsschutz. Diese Ausgaben sind aber alternativlos.

Danke an die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Rhede für ihren ständigen Einsatz zum Wohle unserer Stadt und auch dafür, dass das Ergebnis der Planungen, die auch erhebliche Einschnitte und Veränderungen für viele Kameradinnen und Kameraden bedeuten, mitgetragen werden.

5. Innenstadtentwicklung

Vor eineinhalb Wochen wurde auf dem Klumpensonntag das Gudula-Kloster nach einer ca. dreijährigen Sanierungszeit wiedereröffnet. Wie drückte es unser Ministerpräsident Hendrik Wüst aus: Das Kloster ist ein Wahrzeichen für Rhede.

Deshalb können wir glücklich sein, dass die Akademie Klausenhof so viel Geld in die Sanierung investiert hat und mit den Wegeverbindungen und der Öffnung der Klostermauer in Richtung Burgplatz das Gudula-Kloster für alle Menschen erlebbar wird. Damit erfährt die Rheder Innenstadt neben den Stadthöfen, den Umbauarbeiten am Rheder Bach mit dem neuen Stauwehr und der Fischaufstiegstreppe und dem Bürgerpark eine weitere erhebliche Aufwertung.

Fehlt als zusätzlicher Baustein nur noch die Sanierung des Medizin- und Apothekenmuseums. Leider mussten wir sehr lange auf die erforderliche Baugenehmigung warten. Seit letzte Woche Dienstag liegt sie uns nun vor.

Mit Vorlage der Baugenehmigung werden wir die gesamten Leistungen zeitnah ausschreiben und die Ergebnisse der Ausschreibungen der Politik vorstellen.

Aufgrund der derzeitigen Weltwirtschaftslage müssen wir uns auch hier auf eine Kostensteigerung einstellen.

Stadtverwaltung und Verein werden nach Einsparpotentialen suchen. Dennoch hoffe ich, dass wir gemeinsam einen Weg zur Umsetzung des Projektes finden werden.

Ich hatte schon wiederholt darauf hingewiesen, dass wir die gesamten eben genannten Projekte als Einheit sehen müssen, um unsere Innenstadt zukunftsfähig aufzustellen.

6. Entwicklung der Schullandschaft

Wenn wir über Schulentwicklung reden, denken wir zuerst an die beiden großen Bauprojekte: Die Sanierung der Gesamtschule und der Neubau der Overberg-Grundschule.

In der SBSA-Sitzung vom 18.03.2021 stellte sich die Planungsgemeinschaft Reppco und Schaller als Nachfolger des Kölner Architekturbüros vor. Die bauleitende Architektin, Frau Cattelaens, hatte die Fertigstellung der Sanierungsarbeiten für Ende 2022 als realistisch dargestellt.

Diese Aussage war für uns aus der Verwaltung in der Sitzung nicht nur überraschend und ambitioniert, sondern eher, nach den Erfahrungen, unrealistisch. Wie sich schon seit Längerem zeigt, sollten wir Recht behalten.

Natürlich haben die beiden großen Krisen erheblichen Einfluss auf die Fertigstellung der Arbeiten an der GESA sowie auf die Gesamtkostenentwicklung. Daneben sind es aber auch immer wieder einzelne Unternehmen und Fachplaner, die die vertraglich vereinbarte Leistung nicht, nicht in der zu erwartenden Qualität oder zu der vereinbarten Zeit erbringen, eine Herausforderung.

Als Folge dessen wurden neben dem Kölner Architekturbüro mit der Objektbetreuung inzwischen die Vertragsverhältnisse mit fünf Unternehmen beendet, ein Fachplaner aus gesundheitlichen Gründen ausgetauscht und der Vertrag mit einem weiteren Fachplaner wird zum Jahresende, so wie es aktuell aussieht, aufgelöst.

Diese „Nebenkriegsschauplätze“ verursachen sehr viel Arbeit, zusätzlich zu den grundsätzlichen Bemühungen, das Bauvorhaben zu unterstützen und voranzutreiben.

Aber auch beim jetzigen Architekturbüro gibt es immer wieder personelle Probleme aufgrund des längerfristigen Ausfalls von Personal, der in der heutigen Zeit des Fachkräftemangels nicht so einfach aufgefangen werden kann.

Ich kann aber versichern, dass dieses Projekt nach wie vor die absolute Priorität in der gesamten Verwaltung und damit in allen Fachbereichen hat, selbstverständlich auch bei mir.

Gegenteilige politische Äußerungen kann ich nur zurückweisen, da sie nachweisbar nicht auf Tatsachen oder eingeholten fundierten Informationen beruhen können.

Nach dem letzten Kosten-Controlling liegen die Gesamtkosten zurzeit bei ca. 30.330.000 Mio. Euro.

Was die Planungen zum Neubau der Overberg-Grundschule anbetrifft, so haben dort erste Gespräche mit dem Planungsbüro ConceptK und ein Auftaktgespräch mit der Schulleitung stattgefunden. Es folgen jetzt Einzelgespräche/Interviews mit bestimmten Akteuren zur Ermittlung des Bedarfs einer zukunftsfähigen Schule, anschließend werden mehrere Workshops durchgeführt. Die Ergebnisse des daraus folgenden Raumkonzepts werden im 1. Quartal 2023 vorgestellt und politisch beraten.

Sobald dann Anfang 2023 auch die Standortfrage entschieden ist, starten wir mit den Ausschreibungen zur Baubegleitung und der Architektenleistungen.

Die Containeranlage für die weitere Schuleingangsklasse an der Overbergschule ist aufgestellt und konnte jetzt nach den Herbstferien durch die Schule in Betrieb genommen werden.

Die Digitalisierung an unseren Schulen ist in den letzten Jahren gut vorangeschritten. Die Mittel aus dem Digitalpakt Schule haben wir in voller uns zur Verfügung stehender Höhe in Anspruch genommen. Was aber fehlt ist eine auskömmliche Anschlussfinanzierung.

7. Engagement der Rheder Unternehmen

Die Rheder Unternehmerinnen und Unternehmer engagieren sich mit dem „Rheder Modell“ und geben voraussichtlich 20.000 € jährlich für mindestens fünf Jahre an ausgewählte Projekte in Rhede. Dafür danke ich allen Beteiligten, auch im Namen von Rat und Verwaltung der Stadt Rhede, ganz herzlich.

Dieses Engagement zeigt die Verbundenheit der Unternehmen mit unserer Stadt und erfüllt mich auch mit Stolz, da die Initiative aus dem von der Wirtschaftsförderung, der VWG und mir 2016 ins Leben gerufenen Wirtschaftsdialog entstanden ist.

Auch die gemeinsame Gestaltung des Kreisverkehrs Otto-Hahn-Str./Dännendiek/Klüünkamp ist daraus entwickelt worden.

Der enge und vertrauensvolle Austausch zwischen Verwaltung, Politik und Wirtschaft ist wichtig für die Stadt Rhede.

8. Öffentlicher Personennahverkehr

Was die drei Monate im Sommer mit dem 9-Euro-Ticket aus meiner Sicht deutlich gezeigt hat, ist, dass der ÖPNV eine Chance hat und angenommen wird, wenn er zum einem attraktiv und zum anderen bezahlbar ist.

Auch wenn wir in Rhede noch ziemlich am Anfang stehen, so glaube ich, dass wir auf einem guten Weg sind. Mit Einführung der X80-

Busverbindung von Bocholt über Gronau bis nach Bad Bentheim haben wir, neben dem S75 nach Münster, einen zweiten, überörtlichen Anschluss mit Potential geschaffen. Ich hoffe sehr, dass der seit dem 01.09.2022 laufende zweijährige Probebetrieb erfolgreich sein wird, auch wenn die aktuellen Bauarbeiten zwischen Burlo und Oeding schon eine erhebliche Beeinträchtigung darstellen.

Mit zwei Haltestellen auf Rheder Stadtgebiet ist neben den vorhandenen Buslinien eine weitere Möglichkeit geschaffen worden, bequem und schnell nach Bocholt zu kommen. Dabei freut es mich, dass wir mit einer Haltestelle des X80 in Vardingholt-Kirche auch den Außenbereich direkt angeschlossen haben.

Der On-Demand Verkehr des Bürgerbusses ist ein weiterer wichtiger Baustein für den ÖPNV. Dieses Angebot läuft seit Anfang Januar dieses Jahres und wird wirklich gut angenommen. Mein Dank geht hier an den Bürgerbusverein mit seinen vielen ehrenamtlichen Fahrer/innen und unserem Mitarbeiter Markus Ciroth. Sie alle haben sich sehr für die Einführung des On-Demand Verkehrs eingesetzt und sorgen auch dafür, dass der Bürgerbus gut unterwegs ist.

Auch die Verbindung zum Bocholter Krankenhaus wird probeweise angeboten. Bitte nutzen sie dieses Angebot, damit es ein dauerhaftes Angebot werden wird!

Mit Verlagerung der S75-Haltestelle Anfang 2024 übernimmt der Kreis Borken für vier Jahre mit der Linie C75 den Zu- und Abbringverkehr zur Linie S75. Der Bus pendelt dabei zwischen den Haltestellen Ludgerusschule, Otto-Hahn-Straße und Gudulakirche.

Perspektivisch wäre aus Sicht der Verwaltung die Einbindung der Haltestelle des X80 an der Gronauer Straße und eine Haltestelle in Krechting eine sinnvolle Ergänzung für den Zu- und Abbringverkehr.

Die Schaffung einer zentralen Mobilstation mit Angeboten für die letzte Meile könnten dann das Bild eines bedarfsgerechten ÖPNV in Rhede abrunden.

9. Mountain-Bike-Park

Das Projekt Mountain-Bike-Park Rhede nimmt Gestalt an. Nach einem Ortstermin mit der Firma turbomatik liegen uns erste Konzepte vor, wie ein solcher Park u.a. auf der Fläche des ehemaligen Spielplatzes am Winkelhauser Esch aussehen könnte. Die baulichen Voraussetzungen werden anhand der Planungen mit dem Kreis Borken abgestimmt, bevor danach eine Beteiligung der jugendlichen Nutzer erfolgt.

Ein besonderer Dank gilt hier Herrn Marvin Oesterwind vom Jugendwerk Rhede sowie Herrn Klaus Terhardt vom Bauhof für die vorbereitenden Arbeiten.

Ich hoffe, dass wir im kommenden Jahr evtl. auch schon mit den ersten Arbeiten beginnen können. Dies hängt natürlich, neben Genehmigungen, auch von der Verfügbarkeit der erforderlichen Unternehmen ab. Mit einer Eröffnung rechne ich aber erst 2024.

IV.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Beginn meiner Haushaltsrede habe ich im Wesentlichen über zwei große Krisen gesprochen, die unser Leben, privat, beruflich und auch den städtischen Haushalt unmittelbar beeinflussen. Sie stellen eine aktuelle Bedrohung da. Es besteht aber auch die Hoffnung, dass diese benannten beiden Krisen zeitlich befristet sind.

Es gibt aber eine dritte Krise auf der Welt, der wir uns alle stellen müssen und die nicht temporär ist, sondern eine dauerhafte Herausforderung für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Erde sein wird. Gemeint ist der Klimawandel.

Ich glaube, wenn wir ehrlich sind, haben wir alle diese Herausforderung unterschätzt, die Warnungen nicht ernst genommen und sicherlich oft gedacht: Was kann ich allein schon ausrichten! Sollen doch zuerst einmal die anderen, vor allem die großen Firmen und Unternehmen Energie, CO₂ u.v.m. einsparen.

Und wenn dazu noch Vergleichszahlen z.B. aus Indien oder China präsentiert werden, so erscheint der deutsche Anteil an der weltweiten Verschmutzung der Umwelt so gering, dass es noch einfacher fällt, mit dem Finger auf andere zu zeigen und zu verlangen: Sollen die doch erst einmal anfangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so dürfen wir nicht mehr denken, so dürfen wir vor allem nicht mehr weitermachen. Wir alle sind gefordert, unseren Anteil zum Schutz der Erde beizutragen und gegen die voranschreitende Zerstörung vorzugehen.

Wir müssen nachhaltiger und umweltbewusster leben und als politisch Verantwortliche müssen wir dementsprechend handeln, insbesondere wenn es um die Aufstellung von Bebauungsplänen geht. Dies erfordert an der ein oder anderen Stelle auch mal unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Ohne dies geht es aber nicht.

Es müssen alle mit anpacken und wie die Corona-Pandemie gezeigt hat, wird es immer, zwar eine Minderheit, in der Gesamtzahl dennoch

zu viele Menschen geben, die sich aus der Verantwortung stehlen möchten. Um auch diese Menschen zu verpflichten, braucht es Vorgaben, die evtl. andere wiederum als Gängelei oder überflüssig empfinden.

Selbstverständlich setzen wir nach wie vor auf Aufklärung. Ich bin froh, dass wir mit Frau Bonengel in der Verwaltung eine so engagierte Klimaschutzmanagerin haben, die viel bewegt und Beratungsangebote anbietet.

Klimaschutz und die Folgen des bereits fortschreitenden Klimawandels sind eine Daueraufgabe und dem müssen wir uns stellen. Jetzt!

V.

Was die Personalsituation der Verwaltung anbetrifft, so steigt der Personalbedarf nach dem Stellenplanentwurf für das Haushaltsjahr 2023 um weitere 3,66 Stellen an. Im Vergleich zu 2014 ist dies ein Zuwachs von 27,52 Stellen.

Auch in anderen Verwaltungen, wie auch beim Kreis Borken oder dem LWL kommen jedes Jahr Stellen hinzu. Wer ursprünglich mal geglaubt hat, durch die zunehmende Digitalisierung würden perspektivisch Stellen eingespart, sieht sich eines Besseren belehrt.

Die Gründe sind vielschichtig. Neben den besonderen Herausforderungen der Flüchtlingsbewegungen sind weitere zusätzliche Aufgaben, die von Bund und Land auf die Kommunen übertragen werden, ein Grund für den stetigen Anstieg. Hinzu kommt die wachsende Bürokratisierung, obwohl oft von Entbürokratisierung gesprochen wird, die Ausweitung der Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, ganz neue Aufgabenbereiche und zu guter Letzt die jeweiligen Herausforderungen in den einzelnen Kommunen. In Rhede sind dies die vielen Bauprojekte, die uns seit Jahren begleiten und auch in den nächsten Jahren noch einiges abverlangen werden.

Ich kann den Unmut auch in der Lokalpolitik manchmal durchaus nachvollziehen, wenn Projekte nicht zeitnah umgesetzt werden können. Aber die Aufgabenvielfalt, vor allem kurzfristige Projekte wie auch Fördertöpfe, bringen die Jahresplanung bereits durcheinander, bevor sie mit der Verabschiedung des Haushalts beschlossen wurde. Exemplarisch möchte ich für das laufende Jahr nur die zusätzlichen Containeranlagen an der Kita St. Georg in Vardingholt Kirche oder die neuen Räumlichkeiten an der Overbergschule nennen.

Die Lösung dieser Gemengelage ist nicht dadurch zu erreichen, in dem unterjährig der Stellenplan mal eben erweitert wird, denn Personal ist erstens nicht einfach zu finden und zweitens muss auch neues Personal eingearbeitet werden.

Zudem stehen hier die Kommunen untereinander, aber auch mit übergeordneten Behörden und der Wirtschaft in einem ständigen Wettbewerb. Da größere Behörden eine andere Gehaltsstruktur haben, ziehen die Kommunen dabei häufig den Kürzeren.

Wir machen in Rhede viel, um als Arbeitgeber attraktiv zu sein. Insofern habe ich mich in diesem Jahr gefreut, dass zwei Beschäftigte wieder in die Rheder Stadtverwaltung zurückgekehrt sind.

Neben Stellenerweiterungen kann auch die verstärkte interkommunale Zusammenarbeit eine Lösung sein. Auch hieran arbeiten wir vom Verwaltungsvorstand im engen Austausch mit unseren Nachbarkommunen.

VI.

Bevor Ihnen jetzt der Haushaltsentwurf durch unseren Kämmerer vorgestellt wird, möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich bei unserem Kämmerer Hermann-Josef Schmeing, seinem Stellvertreter Martin Bröker und dem gesamten Team für die geleistete Arbeit der letzten Wochen bedanken. Mein Dank gilt auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, am Bauhof, dem Klärwerk, der Haustechnik und in den Schulsekretariaten. Sie alle haben wieder einmal, auch unter den schwierigen Bedingungen der Corona-Pandemie und den Herausforderungen des Ukrainekrieges, hervorragende Arbeit geleistet.

Besonders erwähnen möchte ich das Stadtmarketing. Der plötzliche Tod unseres Mitarbeiters Daniel Ehling hat uns alle tief getroffen. Er hinterlässt menschlich wie auch beruflich eine große Lücke im Rathaus. Danke an das gesamte Team, die trotz dieses Schicksalsschlages alle anstehenden Veranstaltungen wie gewohnt und in der bekannten Qualität durchgeführt haben.

Ebenso ein großer Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fachbereich 20, die die Flüchtlingswelle meistern und auch den Rechtskreiswechsel der ukrainischen Flüchtlinge vom Asylbewerberleistungsgesetz ins SGB in kürzester Zeit zu bewerkstelligen hatten. Eine weitere große Herausforderung erwarten wir mit den Änderungen im Wohngeldbezug. Ich bin mir sicher, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch diese Herausforderung

schaffen werden und kein Antragsteller unnötig lange auf eine Entscheidung und damit auf finanzielle Unterstützung warten muss.

Auch Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordneten, danke ich für Ihre geleistete ehrenamtliche Arbeit und freue mich auf die anstehenden Haushaltsberatungen mit Ihren Fraktionen.